

# Langzeitbeschäftigungslosigkeit

## arbeit plus - Themenpapier

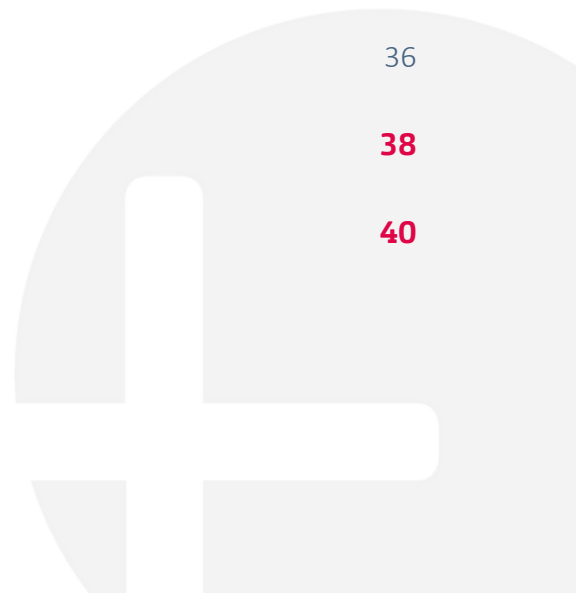
Stand März 2024

### In 20 Sekunden

Trotz der aktuell guten Arbeitsmarktlage und Arbeitskräftemangel sind immer noch fast 30% aller Arbeitslosen langzeitbeschäftigungslos, also seit mehr als einem Jahr ohne nennenswerte Unterbrechungen beim AMS gemeldet. Viele Menschen sind damit dauerhaft vom Erwerbsarbeitsmarkt ausgeschlossen. Das hat sowohl für die Betroffenen als auch für Wirtschaft und Gesellschaft negative Konsequenzen: Lange andauernde Arbeitslosigkeit geht oft einher mit verringerten Möglichkeiten für soziale Teilhabe, geringerer Partizipation an Wahlen und dem politischen Prozess ebenso wie gesundheitlichen Problemen. Gleichzeitig bleibt arbeitsmarktpolitisches Potential ungenutzt. arbeit plus fordert daher eine Priorisierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik, um Potentiale zu nutzen und sozial ebenso wie ökologisch nachhaltige Strukturen zu fördern.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Unser Zugang zum Thema</b>	<b>01</b>
<b>Hintergrund: Langzeitbeschäftigungslosigkeit als strukturelles Problem</b>	<b>02</b>
<b>Zahlen, Daten, Fakten</b>	<b>03</b>
Entwicklung von Langzeitbeschäftigungslosigkeit	03
Folgen von Langzeitbeschäftigungslosigkeit	09
<b>Langzeiterwerbsarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich</b>	<b>14</b>
<b>Exkurs I: Hartz IV</b>	<b>16</b>
<b>Exkurs II: Auswirkungen einer Abschaffung der Notstandshilfe in Österreich</b>	<b>19</b>
<b>Erfahrungen aus den Sozialen Unternehmen</b>	<b>23</b>
<b>arbeit plus fordert</b>	<b>25</b>
1. In Aktive Arbeitsmarktpolitik investieren	25
2. Den Lebensstandard von Langzeitbeschäftigungslosen sichern	27
3. Arbeiten und Lernen verbinden	29
4. Sozial und ökologisch nachhaltige Beschäftigung fördern	30
5. Gleichstellung umsetzen	32
6. Arbeit umverteilen und neu definieren	33
7. Partizipation fördern	34
8. Arbeitsmarktpolitik gezielt für Menschen mit erhöhtem Langzeitarbeitslosigkeitsrisiko gestalten	35
9. Kooperationen stärken & Regionalität berücksichtigen	36
<b>Definitionen: Wie wird Arbeitslosigkeit gemessen?</b>	<b>38</b>
<b>Literatur</b>	<b>40</b>



## UNSER ZUGANG ZUM THEMA

Die Corona-Pandemie hat eine noch nie dagewesene Krise am Erwerbsarbeitsmarkt ausgelöst. Im April 2020 waren beinahe 600.000 Menschen ohne Job, so viele wie noch nie zuvor. In weiterer Folge stieg auch die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen dramatisch an: Im April 2021 gab es beinahe 194.000 Langzeitbeschäftigungslose, so viele wie noch nie zuvor.

Nach zwei Jahren Krise entwickelte sich der Arbeitsmarkt ab dem Jahr 2022 wider Erwarten sehr positiv. Die Arbeitslosigkeit hat das Vorkrisenniveau unterschritten, die Beschäftigung steigt und auch die Zahl der langzeitbeschäftigungslosen Arbeitslosen hat sich seit dem Höchststand im April 2021 beinahe halbiert. Das ist neben der guten Konjunktur auch den Sonderprogrammen der Bundesregierung, insbesondere der Aktion Sprungbrett geschuldet.

Nichtsdestotrotz ist die Langzeitbeschäftigungslosigkeit immer noch deutlich höher als vor 10 Jahren. Die Gefahr verfestigter Arbeitslosigkeit besteht insbesondere für Menschen, die in vielerlei Hinsicht marginalisiert werden: Ältere, Migrant:innen oder Menschen mit niedriger formaler Bildung. Langzeitbeschäftigungslosigkeit, also lange andauernde Erwerbsarbeitslosigkeit, hat gravierende Folgen: Für die Betroffenen bedeutet sie Unsicherheit, finanzielle Einbußen und psychische Belastungen. Gesamtgesellschaftlich besteht die Gefahr von Exklusion einer immer größer werdenden Anzahl von Menschen, die sozial- und demokratiepolitisch problematisch ist. Langzeitbeschäftigungslose dürfen in der Arbeitsmarktpolitik auch nach der Krise nicht vergessen werden. Die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit wird eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre sein.

Um Langzeitbeschäftigungslosigkeit nachhaltig zu verringern und in Zukunft zu verhindern, braucht es gezielte politische Maßnahmen, die zu einer nachhaltigen Gestaltung eines inklusiven Erwerbsarbeitsmarkts beitragen. Dazu zählt neben Beratung und Qualifizierung in Zukunftsbranchen insbesondere kluge, dauerhafte, geförderte Beschäftigung für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keinen Job finden. Trotz der hohen Erwerbsarbeitslosigkeit und Langzeitbeschäftigungslosigkeit gibt es viel gesellschaftlich wichtige Arbeit, die nicht oder zu wenig gemacht wird, etwa im Bereich der Pflege oder der regionalen Infrastruktur. Diese Schieflage zu beenden muss sich die Politik zur Aufgabe machen.

Die Erfahrungen der Sozialen Unternehmen bieten dafür Inspiration: Seit mehr als 35 Jahren begleiten Sozialen Unternehmen Menschen mit Beratung, Qualifizierung und Beschäftigung auf ihrem Weg zurück in den Erwerbsarbeitsmarkt. Sie stärken bei den von ihnen begleiteten Menschen Wissen, Kompetenzen und Selbstwirksamkeit und tragen durch ihre gelebte Praxis bei zum notwendigen Strukturwandel der Erwerbsarbeit. Das primäre Ziel der Arbeitsmarktpolitik muss es sein, allen Menschen gute Arbeit zu ermöglichen. Dafür braucht es Kooperationen zwischen Politikbereichen und mit der Zivilgesellschaft, um gemeinsam mutige und innovative Ideen zu finden und umzusetzen.

## **HINTERGRUND: LANGZEITBESCHÄFTIGUNGSLOSIGKEIT ALS STRUKTURELLES PROBLEM**

Die Corona-Pandemie hat eine noch nie dagewesene Krise am Erwerbsarbeitsmarkt ausgelöst. Im April 2020 waren beinahe 600.000 Menschen ohne Job, so viele wie noch nie zuvor. In weiterer Folge stieg auch die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen dramatisch an: Im April 2021 gab es beinahe 194.000 Langzeitbeschäftigungslose, so viele wie noch nie zuvor.

Nach zwei Jahren Krise entwickelte sich der Arbeitsmarkt ab dem Jahr 2022 wider Erwarten sehr positiv. Die Arbeitslosigkeit hat das Vorkrisenniveau unterschritten, die Beschäftigung steigt und auch die Zahl der langzeitbeschäftigungslosen Arbeitslosen hat sich seit dem Höchststand im April 2021 beinahe halbiert. Das ist neben der guten Konjunktur auch den Sonderprogrammen der Bundesregierung, insbesondere der Aktion Sprungbrett geschuldet.

Nichtsdestotrotz ist die Langzeitbeschäftigungslosigkeit immer noch deutlich höher als vor 10 Jahren. Die Gefahr verfestigter Arbeitslosigkeit besteht insbesondere für Menschen, die in vielerlei Hinsicht marginalisiert werden: Ältere, Migrant:innen oder Menschen mit niedriger formaler Bildung. Langzeitbeschäftigungslosigkeit, also lange andauernde Erwerbsarbeitslosigkeit, hat gravierende Folgen: Für die Betroffenen bedeutet sie Unsicherheit, finanzielle Einbußen und psychische Belastungen. Gesamtgesellschaftlich besteht die Gefahr von Exklusion einer immer größer werdenden Anzahl von Menschen, die sozial- und demokratiepolitisch problematisch ist. Langzeitbeschäftigungslose dürfen in der Arbeitsmarktpolitik auch nach der Krise nicht vergessen werden. Die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit wird eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre sein.

Um Langzeitbeschäftigungslosigkeit nachhaltig zu verringern und in Zukunft zu verhindern, braucht es gezielte politische Maßnahmen, die zu einer nachhaltigen Gestaltung eines inklusiven Erwerbsarbeitsmarkts beitragen. Dazu zählt neben Beratung und Qualifizierung in Zukunftsbranchen insbesondere kluge, dauerhafte, geförderte Beschäftigung für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keinen Job finden. Trotz der hohen Erwerbsarbeitslosigkeit und Langzeitbeschäftigungslosigkeit gibt es viel gesellschaftlich wichtige Arbeit, die nicht oder zu wenig gemacht wird, etwa im Bereich der Pflege oder der regionalen Infrastruktur. Diese Schieflage zu beenden muss sich die Politik zur Aufgabe machen.

Die Erfahrungen der Sozialen Unternehmen bieten dafür Inspiration: Seit mehr als 35 Jahren begleiten Sozialen Unternehmen Menschen mit Beratung, Qualifizierung und Beschäftigung auf ihrem Weg zurück in den Erwerbsarbeitsmarkt. Sie stärken bei den von ihnen begleiteten Menschen Wissen, Kompetenzen und Selbstwirksamkeit und tragen durch ihre gelebte Praxis bei zum notwendigen Strukturwandel der Erwerbsarbeit. Das primäre Ziel der Arbeitsmarktpolitik muss es sein, allen Menschen gute Arbeit zu ermöglichen. Dafür braucht es Kooperationen zwischen Politikbereichen und mit der Zivilgesellschaft, um gemeinsam mutige und innovative Ideen zu finden und umzusetzen.

## ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Erwerbsarbeitslosigkeit kann jede:n treffen. Für die meisten Menschen bleibt sie eine vergleichsweise kurze Periode und sie finden nach wenigen Monaten wieder einen neuen Job. Die Zahl jener Menschen, die für mehr als ein Jahr erwerbsarbeitslos bleiben, ist in den letzten fünfzehn Jahren – also seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/9 – allerdings dramatisch gestiegen. Das österreichische Arbeitsmarktservice hat für die Erfassung langfristig erwerbsarbeitsloser Personen den Indikator „Langzeitbeschäftigungslosigkeit“ entwickelt. Als langzeitbeschäftigungslos gelten jene Menschen, die für mehr als 12 Monate beim AMS gemeldet waren. Schulungsteilnahmen oder kurzfristige Anstellungsverhältnisse von weniger als 62 Tagen zählen nicht als Unterbrechung. Damit ist die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen höher als die Zahl der Langzeitarbeitslosen, also jener Menschen, die seit mindestens 12 Monaten beim AMS als arbeitssuchend vorgemerkt sind (AMS 2022). Um einen Vergleich mit der Zahl der Arbeitslosen insgesamt zu ermöglichen, wird in diesem Themenpapier, wenn nicht anders angegeben, die Zahl der langzeitbeschäftigungslosen Arbeitslosen, angegeben. Das sind alle Personen, die als arbeitslos vorgemerkt sind und das Kriterium Langzeitbeschäftigungslosigkeit erfüllen.

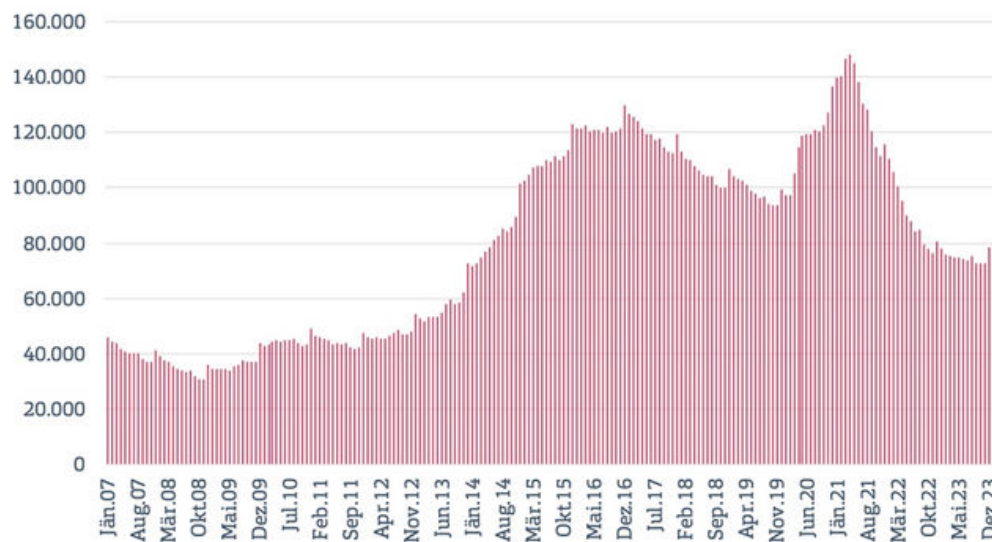
### Entwicklung von Langzeitbeschäftigungslosigkeit

Verfestigte Langzeitbeschäftigungslosigkeit ist eine Langzeitfolge von Krisen. In den Daten des AMS wird der sogenannte „Hysterese-Effekt“ bei Langzeitbeschäftigungslosigkeit deutlich sichtbar: Das Phänomen besteht langfristig weiterhin, auch wenn der Auslöser – die Krise 2008/9 und zuletzt die Corona-Pandemie – bereits vorbei ist. Die zwischenzeitlich bessere Wirtschaftslage kam bei dieser Gruppe nur eingeschränkt an. Aufgrund dieser Entwicklung ist auch ein immer größerer Anteil der Erwerbsarbeitslosen damit langzeitbeschäftigungslos.

Vor zehn Jahren war es noch rund jede:r Fünfte, heute bereits beinahe jede:r Dritte. Immer mehr Menschen sind dadurch längerfristig vom Erwerbsarbeitsmarkt und den damit verbundenen Teilhabechancen ausgeschlossen. Nach einem dramatischen Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit bis Mitte 2021 ging die Zahl der langzeitbeschäftigungslosen Arbeitslosen zuletzt zurück und stagniert seit einigen Monaten bei rund 78.000 Betroffenen.

## Langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose

Quelle: AMS

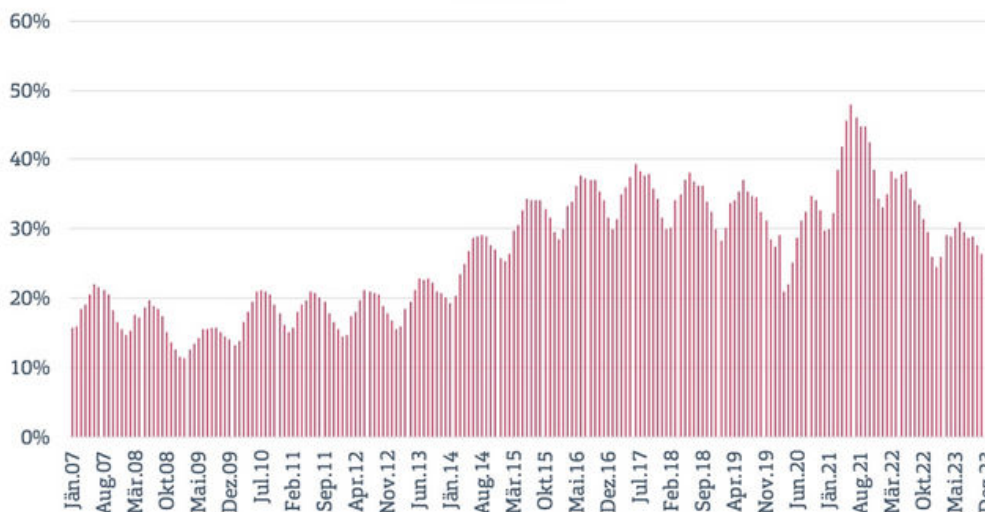


Der Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen an allen Erwerbsarbeitslosen ist seit 2007, abgesehen von Konjunkturschwankungen, kontinuierlich gestiegen und liegt seit einiger Zeit bei rund einem Viertel. Der sichtbare Rückgang im März/April 2020 ist auf den starken Anstieg der Erwerbsarbeitslosen insgesamt und nicht auf einen Rückgang der Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen zurückzuführen.

Wenngleich die Langzeitbeschäftigungslosigkeit in absoluten Zahlen in den letzten Jahren gesunken ist, bleibt der Anteil im Vergleich der letzten 15 Jahre hoch.

## Anteil Langzeitbeschäftigungsloser Arbeitsloser an allen Arbeitslosen

Quelle: AMS

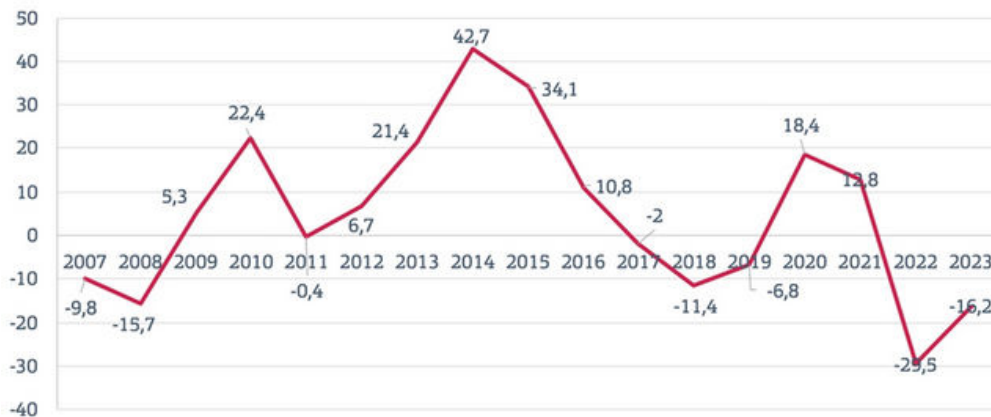


Ein Blick auf die prozentuelle Veränderung von Langzeitbeschäftigungslosigkeit gegenüber dem Vorjahr zeigt, dass der Höhepunkt des Anstiegs nach der Finanz- und Wirtschaftskrise erst 2014 überwunden war, also zu einem Zeitpunkt, zu dem sich der Arbeitsmarkt insgesamt schon wieder etwas erholt hatte. Nach einigen Jahren positiver Entwicklung und einem leichten Rückgang der Langzeitbeschäftigungslosigkeit stieg sie in den Jahren der Pandemie wieder sehr stark an.

Die Jahre 2021 und 2022 waren geprägt von einer positiven Arbeitsmarktentwicklung, seit Ende 2023 ändert sich die Lage am Arbeitsmarkt allerdings – angesichts einer Rezession, in der sich Österreich befindet – wieder. Im Jahresvergleich stieg die Gesamtarbeitslosigkeit 2023 leicht an (+2,9%) (AMS 2024), die Langzeitbeschäftigungslosigkeit dagegen sank weiterhin deutlich (-16,2%).

## Langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose Veränderung zum Vorjahr in %

Quelle: AMS



Nichtsdestotrotz hat sich Langzeitbeschäftigungslosigkeit im letzten Jahrzehnt verfestigt und ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Manche Gruppen sind überdurchschnittlich oft betroffen: Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder geringer formaler Bildung sowie insbesondere Ältere.

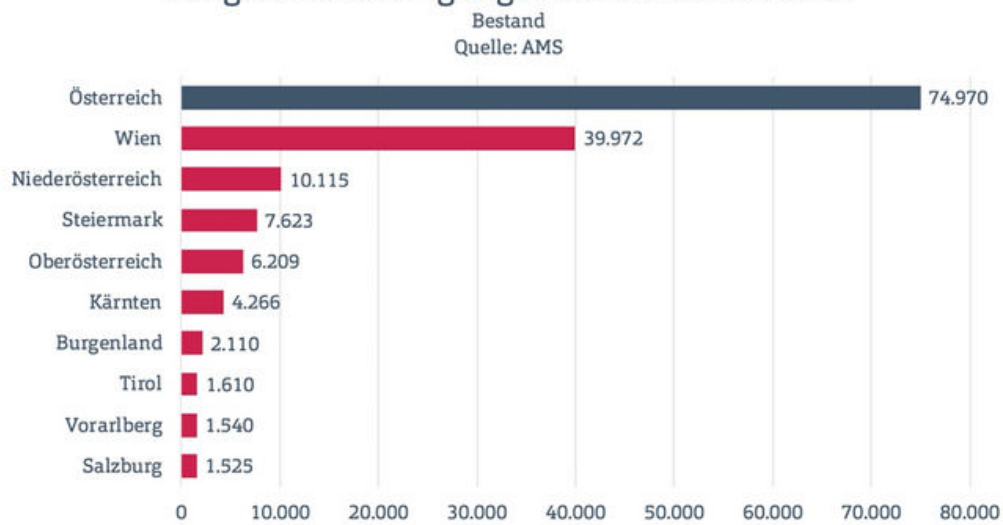
Auf viele Langzeitbeschäftigungslose treffen mehrere Risikofaktoren gleichzeitig zu. Sie spüren die Krise am Erwerbsarbeitsmarkt besonders stark und haben selbst bei verbesserter Wirtschaftslage nur geringe Chancen, wieder eine dauerhafte Beschäftigung zu finden.



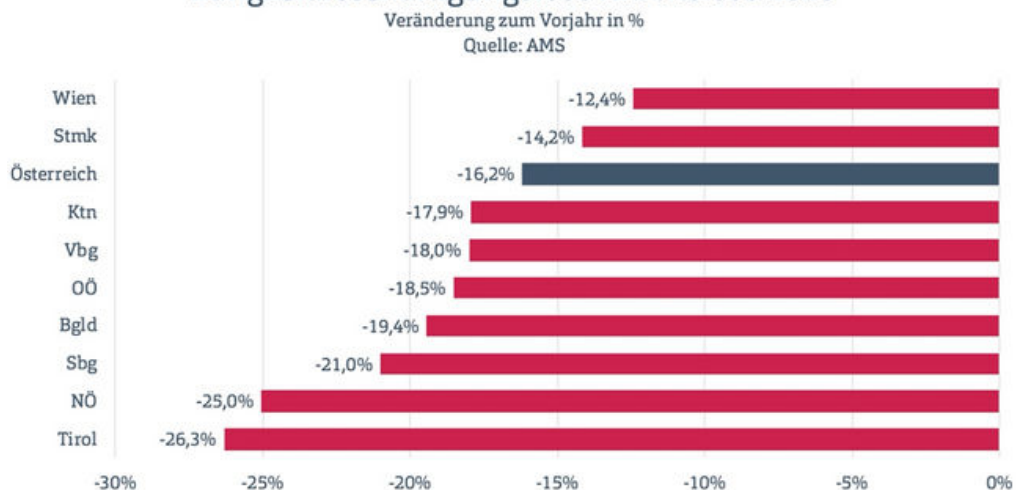
Die Verteilung auf Bundesländer zeigt, dass rund die Hälfte der langzeitbeschäftigungslosen Arbeitslosen in Wien lebt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Langzeitbeschäftigungslosigkeit i

m Jahr 2022 in allen Bundesländern gesunken. Im Westen und in Wien fiel dieser Rückgang allerdings etwas geringer aus als im Großteil der anderen Bundesländer.

### Langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose 2023



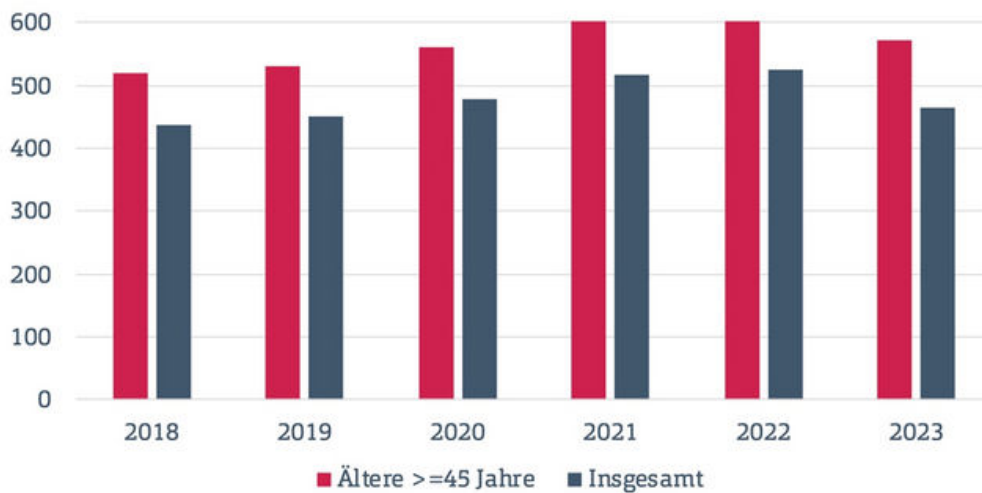
### Langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose 2023



Obwohl die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen selbst zuletzt gesunken ist, steigt deren Verweildauer in Arbeitslosigkeit. Besonders deutlich wird das in der Gruppe der über 45-Jährigen.

2018 lag die durchschnittliche Verweildauer von über 45-Jährigen Langzeitbeschäftigungslosen bei 520 Tagen. Vier Jahre später, im Jahr 2022 lag dieser Wert bereits bei 627 Tagen, ein Anstieg von rund 17%.

### Vormerkdauer Langzeitbeschäftigungsloser Arbeitsloser in Tagen Quelle: AMS





### **Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit in der Corona-Pandemie**



Die Corona Pandemie hat den österreichischen Arbeitsmarkt in eine tiefe Krise gestürzt. Seit dem Herbst 2020 steigt auch die Langzeitbeschäftigungslosigkeit wieder deutlich und erreichte zwischen Dezember und Mai 2020 monatlich historische Höchststände. Seither geht die Langzeitbeschäftigungslosigkeit wieder deutlich zurück.

Der Großteil der Langzeitbeschäftigungslosen ist älter als 55 und männlich. Es zeigt sich allerdings, dass vom Anstieg seit Ausbruch der Corona-Pandemie Menschen im Haupterwerbsalter überdurchschnittlich stark betroffen waren: Bei den über 55 Jährigen lagen die Zuwächse seit März 2020 bei rund 17%, bei den 25 bis 44 Jährigen dagegen bei einem knappen Drittel (Momentum Institut 2021). Das verdeutlicht einmal mehr, dass es in der angespannten Arbeitsmarktlage für viele Menschen nur schwer möglich ist, einen neuen Job zu finden.

## **Folgen von Langzeitbeschäftigungslosigkeit**

Lange andauernde Erwerbsarbeitslosigkeit hat gravierende Folgen, sowohl für die Betroffenen als auch für die Gesellschaft. Für die Betroffenen bedeutet Arbeitslosigkeit ein geringeres Einkommen und damit ein höheres Risiko für Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung, psychische Belastungen und verminderte soziale Teilhabechancen.

Wenn eine immer größere Gruppe von sozialen Teilhabechancen ausgeschlossen ist, so geht damit die Gefahr einer Entsolidarisierung und gesellschaftlicher Spaltung einher.

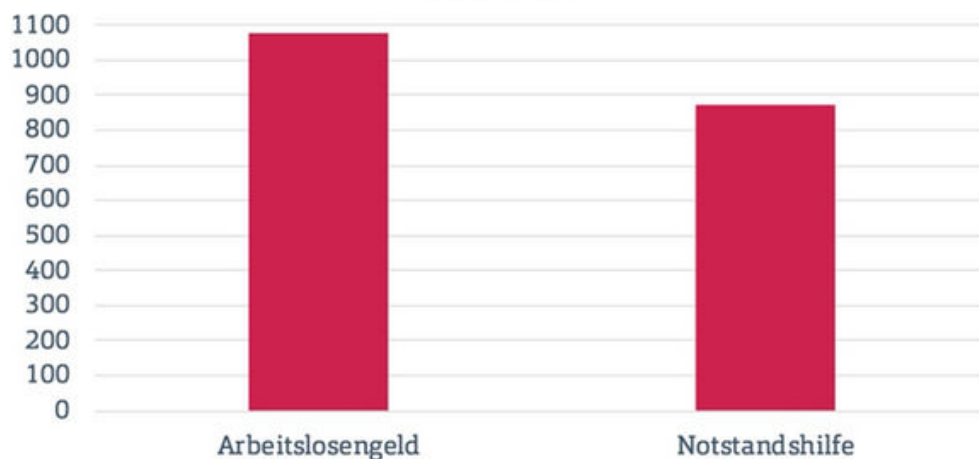
## Erhöhte Armutsgefährdung

Arbeitslosigkeit ist ein Leben am Minimum. Das zeigt sich allein schon an den durchschnittlich ausbezahlten Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung: Im Jahr 2022 lag die durchschnittliche Tagsatzhöhe des Arbeitslosengelds bei 35,9 Euro bzw. bei rund 1077 Euro monatlich, der durchschnittliche Tagsatz für die Notstandshilfe lag bei 29 Euro bzw. einem monatlichen Bezug von rund 870 Euro.

Damit ist der Unterschied zwischen Arbeitslosengeld und Notstandshilfe wieder deutlich höher als in den Jahren davor, in denen die Notstandshilfe aufgrund der Corona-Pandemie temporär angehoben worden war. Beide Leistungen liegen aber nach wie vor deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle von zuletzt 1.392 Euro monatlich für einen Einpersonenhaushalt (Statistik Austria 2023).

### Durchschnittliche pro Monat ausbezahlte Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (2022)

Quelle: AMS

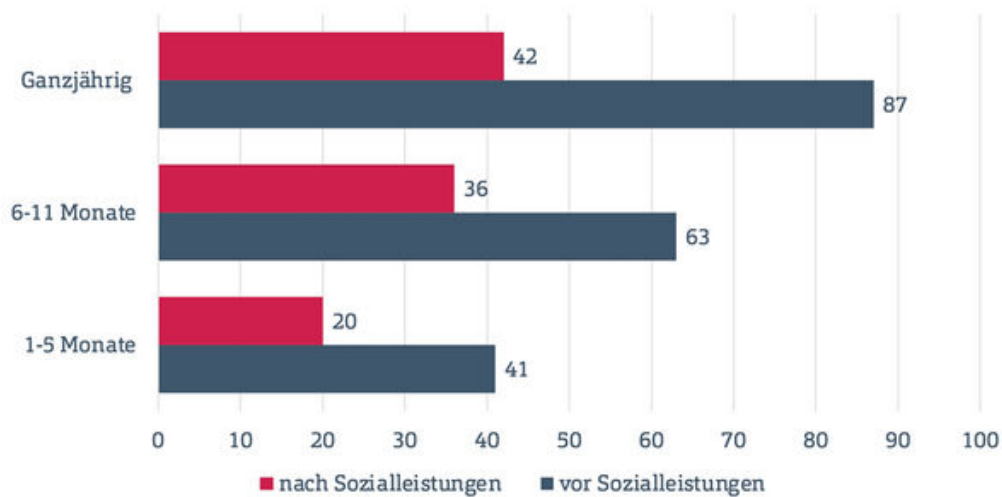


Arbeitslosigkeit bedeutet für die Betroffenen große finanzielle Einbußen und eine Verschlechterung ihrer ökonomischen Situation. Daten aus der EU-SILC Erhebung, einer europaweiten Umfrage zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen, zeigen außerdem deutlich, dass die Armutsgefährdung mit der Dauer der Arbeitslosigkeit deutlich zunimmt. 20 Prozent der Personen, die innerhalb des Referenzjahres (2021) bis zu fünf Monate erwerbsarbeitslos waren, galten als armutsgefährdet.

Das liegt fünf Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Bei einer Arbeitslosigkeitsdauer von sechs bis zwölf Monaten steigt dieser Wert auf 36 Prozent. Von jenen Menschen, die das ganze Jahr über arbeitslos waren, sind bereits 42% armutsgefährdet. Hier handelt es sich um die Werte nach sozialstaatlicher Umverteilung. Vor Sozialleistungen ist die Armutsgefährdung insbesondere für längerfristig Erwerbsarbeitslose deutlich höher.

### Armutsgefährdung arbeitsloser Menschen nach Dauer der Arbeitslosigkeit, in %

Quelle: EU-SILC 2022



## Verringerte Soziale Teilhabe

Arbeitslosigkeit ist ein zentraler Faktor für soziale Exklusion, sowohl in ökonomischer Hinsicht als auch in Bezug auf die subjektive Wahrnehmung von Zugehörigkeit. Neben der verschlechterten finanziellen Situation hat Erwerbsarbeitslosigkeit einen Einfluss auf psychosoziale menschliche Bedürfnisse, wie etwa Tagesstruktur und regelmäßige Aktivität sowie soziale Kontakte und das Gefühl, Teil eines größeren Ganzen zu sein. Der Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet oft Stigmatisierung und einen Verlust des Selbstvertrauens.

## Reduzierte Politische Teilhabe

Die Wahlbeteiligung in Gruppen, die von der Gesellschaft benachteiligt werden, ist meist unterdurchschnittlich im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Dazu gehören Menschen, die in prekären Verhältnissen leben und von Armut oder lange andauernder Arbeitslosigkeit betroffen sind. Teilhabe ist auch eine Frage von Ressourcen: finanzielles Kapital und soziale Netzwerke sind in diesem Zusammenhang ebenso relevant wie Wissen, Kompetenzen und Selbstvertrauen (Hofinger 2019). Der Österreichische Demokratiemonitor 2022 zeigt deutlich, dass insbesondere Menschen im unteren Einkommensdrittel an Vertrauen in das politische System eingebüßt haben. Nur 29% der Befragten aus diesem Einkommensbereich finden, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Unter den Arbeitslosen waren es zuletzt sogar nur 27%. Die überproportionale große Betroffenheit von der Corona-Krise von Menschen mit geringem Einkommen spiegelt sich hier möglicherweise wider (Zandonella 2022).

Die negativen Effekte von Erwerbsarbeitslosigkeit verstärken sich mit deren Dauer und dauern oft noch an, wenn die betroffene Person bereits wieder einen Arbeitsplatz gefunden hat. Politische Maßnahmen, die dauerhafte Erwerbsarbeit ermöglichen, haben daher besonders große Wirkung sowohl in Hinblick auf die finanzielle Sicherheit als auch auf das psychische und physische Wohlbefinden von Menschen (Pohlan 2018)

Eine im August 2017 veröffentlichte Studie in Deutschland hat die Motive von langzeiterwerbsarbeitslosen Nichtwähler:innen erforscht. Sie zeigt, dass die Entscheidung, nicht mehr an Wahlen teilzunehmen, nicht aufgrund von mangelndem Interesse getroffen wird, sondern häufig ein bewusstes politisches Statement ist. Es ist die letzte Konsequenz des Gefühls, nicht mehr zur Gesellschaft dazu zu gehören (Denkfabrik 2017). Eine vertiefende Folgestudie griff diese Motive nochmals auf und macht deutlich, dass von Langzeiterwerbsarbeitslosigkeit und Armut Betroffene sich nicht von der Politik gehört fühlen. Ihre Problemlagen werden nicht wahrgenommen und dementsprechend auch nicht vertreten (Denkfabrik 2019). Politik, die sich nur nach Gruppen richtet, die als relevant erachtet werden, ist ein demokratiepolitisches Problem. Nicht zuletzt deswegen braucht es mehr Möglichkeiten für politische Partizipation, aber auch ein System der Existenzsicherung, das soziale Teilhabe für alle ermöglicht.

## **Teufelskreis Gesundheit und lange Erwerbsarbeitslosigkeit**

Der Zusammenhang zwischen Erwerbsarbeitslosigkeit, insbesondere wenn sie lange andauert, und schlechter Gesundheit ist wissenschaftlich deutlich belegt (Schmitz 2011). Der Zusammenhang kann hier in beide Richtungen wirken: Einerseits ist Erwerbsarbeitslosigkeit ein Stressfaktor, der zu einer Verschlechterung der physischen und psychischen Gesundheit führen kann (Sumner und Gallagher 2017). Das ist insbesondere für geringer formal Gebildete und unfreiwillig Erwerbsarbeitslose relevant (Pohlan 2018). Andererseits zeigt sich aber auch, dass Menschen mit beeinträchtigter Gesundheit häufiger arbeitslos werden (Schmitz 2011).

Etwa 28% der Arbeitslosen im Jahr 2022 wiesen eine gesundheitliche Beeinträchtigung oder Behinderung auf. Unter den Langzeitbeschäftigungslosen weisen mehr als 40% Prozent eine gesundheitliche Beeinträchtigung auf. Das zeigt deutlich, dass nicht alle Menschen unter den Bedingungen des regulären Erwerbsarbeitsmarkts arbeiten können. Es braucht hier gezielte Programme und Maßnahmen, um diese Gruppe dennoch nicht von der Teilhabe am Erwerbsleben auszuschließen.



## Langzeiterwerbsarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich

Die Langzeiterwerbsarbeitslosigkeit ist in Österreich im Europäischen Vergleich, trotz eines Anstiegs in den letzten Jahren, immer noch vergleichsweise niedrig. Im zweiten Quartal 2023 galten in Österreich 21,4% der Arbeitssuchenden als langzeitarbeitslos. Dieser Wert liegt weit unter dem europäischen Durchschnitt von 35,2%. Der auf europäischer Ebene erhobene Wert basiert auf der jährlich durchgeführten Arbeitskräfteerhebung. Hier gelten jene Menschen als langzeitarbeitslos, die in einer Umfrage angeben, im Moment erwerbsarbeitslos zu sein und bereits mehr als ein Jahr nach einer neuen Erwerbsarbeit suchen. Damit ist dieser Wert nicht mit dem Indikator der Langzeitbeschäftigungslosigkeit vergleichbar.

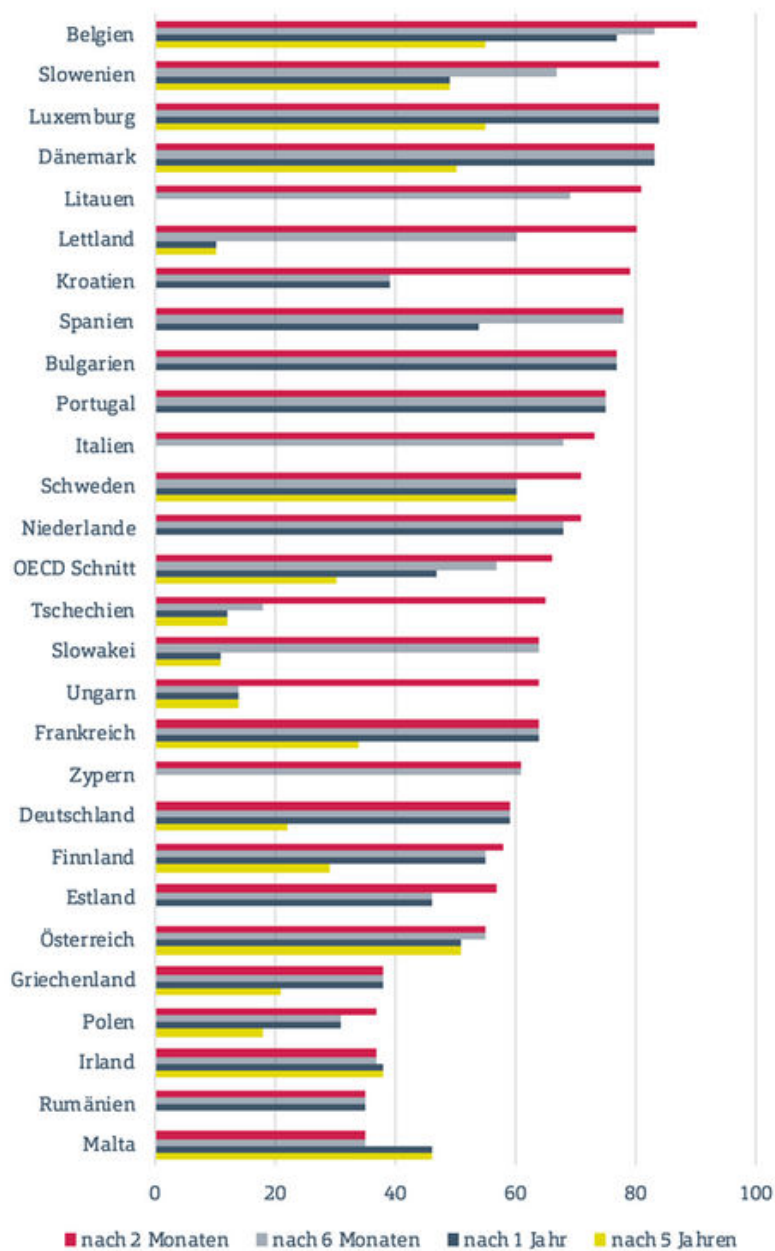
Der Vergleich mit anderen europäischen Staaten zeigt zudem, dass die Höhe des Arbeitslosengelds in Österreich vergleichsweise gering ist: Zu Beginn der Arbeitslosigkeit können 55% des letzten Nettoeinkommens bezogen werden, in Belgien sind es dagegen 90%. Allerdings nimmt die Bezugshöhe in Österreich nicht so stark ab wie in anderen Ländern:

Auch nach fünf Jahren Arbeitslosigkeit liegt die Bezugshöhe noch bei ca. 51%, während in vielen anderen Ländern zu diesem Zeitpunkt bereits kein Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld besteht. Zu bedenken ist allerdings, dass sich die Berechnungsgrundlagen für Lohnersatzleistungen in den verschiedenen Ländern unterscheiden und die Vergleichbarkeit deswegen eingeschränkt ist. In Deutschland etwa bemisst sich das Arbeitslosengeld auf Basis des beitragspflichtigen Brutto-Entgelts der vergangenen 12 Monate, aus dem ein Brutto-Entgelt pro Tag ermittelt wird. Mini-Jobs werden beispielsweise nicht berücksichtigt (Bundesagentur für Arbeit 2023).



## Arbeitslosengeld in % des letzten Nettobezugs

Quelle: OECD



Lesehilfe: In Schweden beträgt das Arbeitslosengeld nach zwei Monaten 70% des letzten Nettobezugs, nach 6 Monaten sinkt es auf 60% des letzten Nettobezugs ab und verbleibt dort.

## Exkurs I: Hartz IV

Zwischen 2003 und 2005 traten in Deutschland die vier „Gesetze für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ in Kraft. Sie sind besser bekannt unter dem Namen „Hartz-Reformen“ und haben den deutschen Arbeitsmarkt grundlegend verändert. Die Bundesagentur für Arbeit (das Äquivalent zum österreichischen AMS) wurde umstrukturiert und der Arbeitsmarkt mittels der Erleichterung von neuen Formen von Arbeit und geringfügiger Beschäftigung („Minijobs“) flexibilisiert. „Berühmt“ wurde vor allem das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ aus dem Jahr 2003, besser bekannt unter „Hartz IV“. Dieses regelte die Bezugsdauer und -höhe von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung: Das einkommensabhängige Arbeitslosengeld I (ALG I) kann seither in der Regel nur noch für 12 bzw. maximal 18 Monate bezogen werden. Die Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden in das einkommensunabhängige Arbeitslosengeld II (ALG II bzw. „Hartz IV“) zusammengeführt (Bundesagentur für Arbeit 2021).

Anfang 2023 trat ein neues Gesetz in Kraft, mit dem das ALG II reformiert und in „Bürgergeld“ umbenannt wurde. Wesentliche Änderungen sind u.a., dass Aus- und Weiterbildungen gefördert und einer Jobaufnahme vorgezogen werden, im ersten Bezugsjahr das Vermögen bis zu einer Grenze von 40.000 Euro nicht aufgebraucht werden muss und die Miete vollständig übernommen wird („Karenzzeit“). Damit soll der Druck auf Arbeitssuchende reduziert sowie Möglichkeiten für nachhaltige Höherqualifizierung geboten werden.

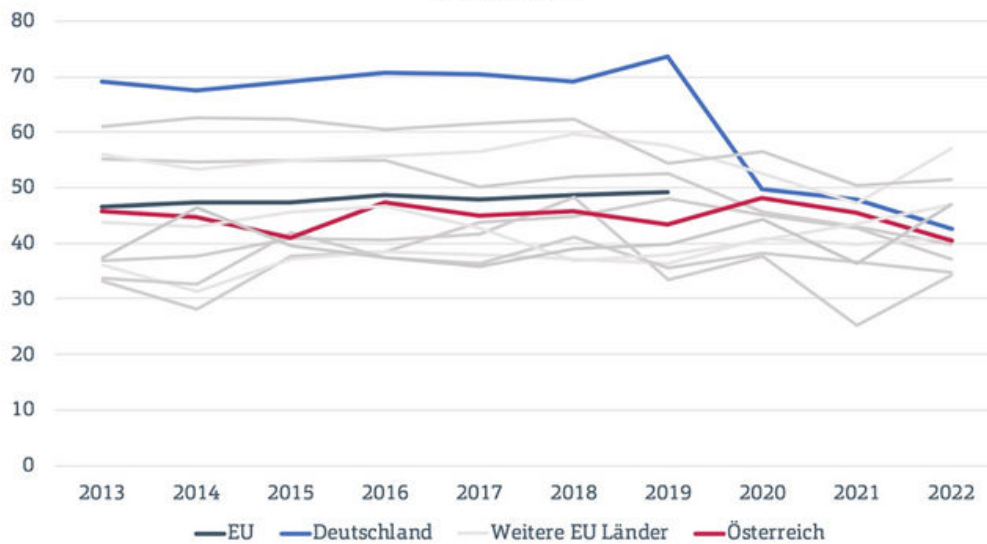
Der Regelsatz für eine erwachsene Person lag zuletzt bei 502 Euro monatlich, eine Erhöhung auf 563 ist für 2024 geplant. Ausbildungen werden mit 150 Euro zusätzlich gefördert. Bei Zuverdienst zwischen 520 und 1.000 Euro monatlich können 30% des Einkommens – statt wie bisher 20% - behalten werden. Ebenfalls Teil der Reform sind umfassendes Coaching, weniger Sanktionen und eine „Kooperationsvereinbarung“ zwischen Arbeitssuchenden und Jobcenter in einfacher Sprache (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2023a, 2023b).

Die Arbeitslosigkeit insgesamt in Deutschland ist seit Umsetzung der Reformen Anfang der 2000er Jahre gesunken. Wie groß der Anteil vor allem von Hartz IV an diesem Rückgang war, ist allerdings umstritten. Gerade gering qualifizierte Menschen, die bereits vor der Umsetzung nur geringe Ansprüche hatten, weisen laut Studien keine erhöhte Wahrscheinlichkeit auf, durch den erhöhten Druck und die geringeren Leistungen wieder Arbeit zu finden (Launov und Wälde 2014).

Sehr deutlich ist aber, dass die Reformen zu einem deutlich schlechteren Lebensstandard für Langzeitbeschäftigungslose und deren Familien führten. Die Armutsgefährdung unter Erwerbsarbeitslosen ist in Deutschland so hoch wie in kaum einem anderen europäischen Land. Die Auswirkungen des Bürgergelds bleiben noch abzuwarten.

## Armutsgefährdungsquote von Arbeitslosen

Quelle: Eurostat

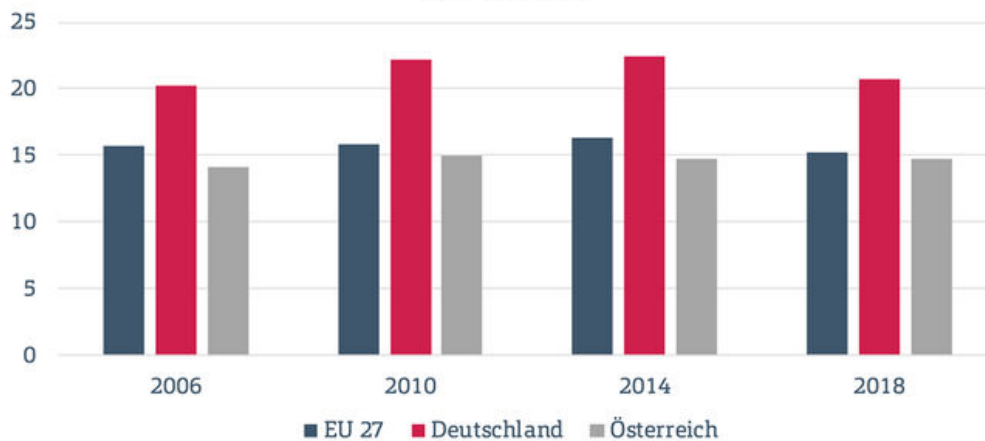


Gleichzeitig begünstigten die Hartz-Reformen die Entwicklung eines größeren Niedriglohnssektors. Das ALG II war als zusätzliche Transferleistung zu einem niedrigen Einkommen konzipiert (Butterwegge und Hank 2019).

In kaum einem anderen Land gibt es so viele Niedriglohnbezieher:innen unter den Erwerbstätigen wie in Deutschland. „Niedriglohn“ bedeutet weniger als 60% des Medianstundenlohns. In Österreich waren das im Jahr 2019 rund 10 Euro.

## Niedriglohnverdiener\*innen in % der Erwerbstätigen

Quelle: Eurostat



Für die Betroffenen bedeutet das System Hartz IV die Gefahr langfristiger sozialer Ausgrenzung und Altersarmut. Insgesamt leistete das Gesetz also zwar möglicherweise ein Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit, hatte aber gleichzeitig einen negativen Einfluss auf das Reallohniveau und führte zu einem Anstieg von Armut und Armutsgefährdung (Butterwegge und Hank 2019).

## Exkurs II: Auswirkungen einer Abschaffung der Notstandshilfe in Österreich

Das österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) hat berechnet, welchen Effekt eine mit den deutschen Reformen vergleichbare Neugestaltung des Arbeitslosengeldes in Österreich hätte (Badelt u. a. 2019). Im berechneten Szenario wären sowohl die Bezugshöhe des Arbeitslosengeldes als auch die maximale Bezugsdauer an die Beitragsmonate gebunden. Nach Auslaufen des Anspruchs wären die Bezieher:innen auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) bzw. Sozialhilfe angewiesen – mit allen Konsequenzen: Bei der BMS bzw. Sozialhilfe handelt es sich nicht mehr um eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung.

Sie kann dementsprechend nicht auf Pensionszeiten angerechnet werden und bedeutet auch, dass Partner:inneneinkommen bei der Berechnung berücksichtigt werden. Darüber hinaus muss angespartes Vermögen bis zu einem Grundfreibetrag (2023: 6322 EUR) aufgebraucht werden. Das im Folgenden dargestellte Szenario ist eines von drei in der Studie berechneten Szenarien und geht von einem sehr restriktiven Modell des Arbeitslosengeldbezugs aus. Die Ergebnisse für die beiden anderen Szenarien fallen etwas weniger dramatisch aus.

Bisherige Versicherungszeit (in Monaten)	Maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengelds (in Monaten)	Nettoersatzrate: nach 6 / 12 / 18 / 24 Monaten Arbeitslosigkeit
<12	0	0
12-24	6	50%
24-60	12	55%/50%
60-120	18	60%/55%/50%
>=120	24	65%/60%/55%/50%
>=180 und >= 50. Lebensjahr	unbegrenzt	65%/60%/55%/50%

Abbildung 1: Szenario einer Arbeitslosengeldreform, Badelt et al. (2019), S. 51  
Lesehilfe: Bei 24 bis 60 Monaten vorangegangener Versicherungszeit könnte in diesem Szenario für max. 12 Monate ALG bezogen werden, die Nettoersatzrate würde 55% betragen und nach 6 Monaten auf 50% sinken.

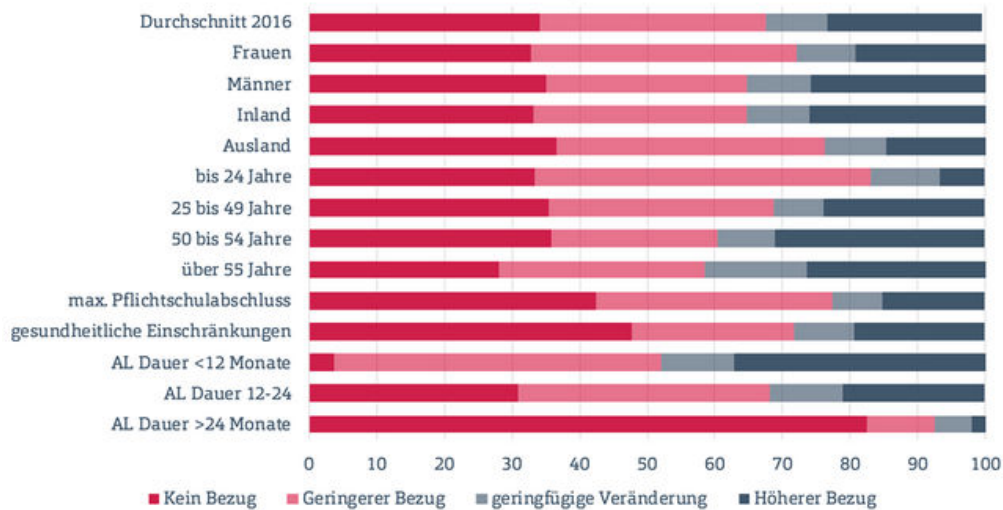
die Berechnung des WIFO hat gezeigt, dass in diesem Szenario 34% der Bezieher:innen aus dem Jahr 2016 (Basisjahr der Berechnung) keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld hätten, weil sie entweder die Mindestversicherungszeit nicht erfüllen oder die maximale Bezugsdauer bereits ausgeschöpft haben. Besonders betroffen wären Menschen, die bereits 24 Monate oder länger arbeitslos sind. Mehr als 83% hätten in dem Szenario keinen Anspruch mehr. Ebenfalls überproportional betroffen wären Menschen mit maximal Pflichtschulabschluss (42%) und gesundheitlichen Einschränkungen (52%). Nur knapp ein Viertel (23%) der Leistungsbezieher:innen würde ein höheres Arbeitslosengeld beziehen als unter geltender Rechtslage,

34% dagegen müssten mit einem geringeren Bezug auskommen als bisher, weitere 34% hätten keinen Anspruch mehr. Damit wären in Summe rund 68% der Leistungsbezieher:innen schlechter gestellt als im derzeitigen System. Deutlich mehr Menschen müssten zudem bereits während des laufenden Arbeitslosengeldbezugs auch Sozialhilfe oder Mindestsicherung beziehen, um überhaupt den Ausgleichszulagenrichtsatz zu bekommen, nämlich 29% statt bisher 11%. Langzeitbeschäftigungslose wären aufgrund der maximalen Bezugsdauer und der Absenkung des Arbeitslosengeldes besonders stark betroffen.



## Veränderung der Leistungshöhe bei degressivem Arbeitslosengeld

WIFO Berechnungen



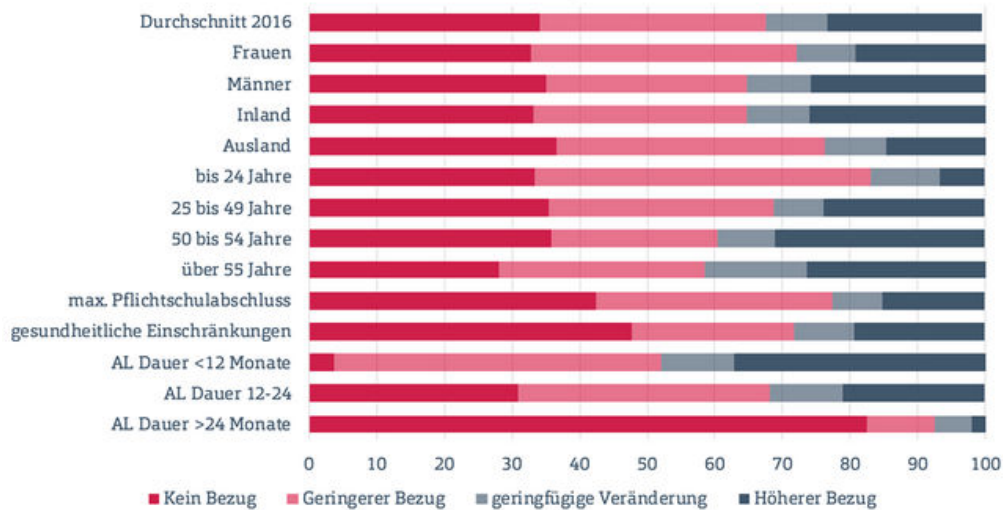
*Lesehilfe: Bei einer Arbeitslosigkeitsdauer von mehr als 24 Monaten hätten über 80% der derzeitigen Leistungsbezieher:innen keinen Bezugsanspruch mehr.*

Ein Anstieg der Armutsgefährdung vor allem unter Menschen mit geringer formaler Bildung und gesundheitlichen Einschränkungen wäre bei länger andauernder Arbeitslosigkeit in diesem Szenario vorprogrammiert.

Dazu käme ein erhöhter Druck sowohl auf Arbeitssuchende als auch auf Erwerbstätige, Erwerbsarbeit auch zu schlechten Bedingungen anzunehmen, um die notwendigen Anspruchsvoraussetzungen zu erfüllen oder ein Abrutschen in das System der Sozialhilfe zu vermeiden.

## Veränderung der Leistungshöhe bei degressivem Arbeitslosengeld

WIFO Berechnungen



*Lesehilfe: Bei einer Arbeitslosigkeitsdauer von mehr als 24 Monaten hätten über 80% der derzeitigen Leistungsbezieher:innen keinen Bezugsanspruch mehr.*

Ein Anstieg der Armutsgefährdung vor allem unter Menschen mit geringer formaler Bildung und gesundheitlichen Einschränkungen wäre bei länger andauernder Arbeitslosigkeit in diesem Szenario vorprogrammiert.

Dazu käme ein erhöhter Druck sowohl auf Arbeitssuchende als auch auf Erwerbstätige, Erwerbsarbeit auch zu schlechten Bedingungen anzunehmen, um die notwendigen Anspruchsvoraussetzungen zu erfüllen oder ein Abrutschen in das System der Sozialhilfe zu vermeiden.



## Erfahrungen aus den Sozialen Unternehmen

Soziale Unternehmen zur Reintegration von Langzeiterwerbsarbeitslosen aus dem Netzwerk von arbeit plus zeigen, wie wichtig diese Angebote zur Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt für die individuellen Personen selbst, aber auch für die Gesellschaft gesamt sein können. Besonders in der aktuellen Krise zeigt sich, dass Soziale Unternehmen es vermögen, bei den Teilnehmer:innen dieser Maßnahmen den oben beschriebenen multiplen Belastungen aktiv entgegenwirken. Gleichzeitig erbringen sie durch ihre Innovationskraft im ökologischen und sozialen Kontext und ihr flexibles Reagieren für die Gesellschaft dringend notwendige Dienstleistungen. Die vielfältigen Wirkungen der Sozialen Unternehmen für ihre Zielgruppe und die Teilnehmer:innen sind im arbeit plus Wirkungsbericht umfassend dokumentiert (arbeit plus 2021).

Good Practice Beispiele aus den Tätigkeitsfeldern Sozialer Unternehmen gibt es dazu zahlreiche. Eines davon ist das Projekt „Schritt für Schritt“, das seit Anfang 2023 in Wien umgesetzt wird. Es ist das Ergebnis einer Kooperation von arbeit plus Wien mit dem AMS Wien und bietet Menschen, die seit mindestens 5 Jahren ohne Erwerbstätigkeit sind, gezielte Unterstützung.

Neben Beispiel gelungener Kooperation für besonders arbeitsmarktferne Zielgruppen, sind es – verstärkt durch die Pandemie-bedingten Dynamiken – besonders Projekte im Bereich digitaler Inklusion & Arbeitsmarkt, die sich als wertvoll, wirksam und wichtig erweisen.

Sie kommen sowohl den Anforderungen des Arbeitsmarktes als auch jenen der immens hohen Zahl an Langzeiterwerbsarbeitslosen entgegen. Durch das vorangegangene Engagement Sozialer Unternehmen im Kontext digitaler Inklusion konnten bestehende Initiativen und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verstärkt und ausgebaut und neue entwickelt werden. Das Kärntner Soziale Unternehmen 4everyoung.at hat bereits früh den dringlichen Bedarf an Maßnahmen, die digitale Inklusion befördern, erkannt. Im Rahmen des Gemeinnützigen Beschäftigungsprojektes kompjuta werden etwa finanziell geförderte Computerkurse, Beratungen und technischer Support sowie Hard- und Software-Services angeboten sowie gebrauchte Computer, Handys und Peripheriegeräte gesammelt und repariert. Mit diesem Werkzeug können benachteiligte Menschen sattelfest am PC und damit arbeitsfit werden. Aus den nicht mehr verwertbaren Teilen werden stylischer Schmuck, Uhren und Gebrauchsgegenstände gefertigt. Die Reste werden genauestens sortiert und umweltgerecht entsorgt. In Form von Eingliederungsarbeitsplätzen arbeiten Jugendliche und Ältere zusammen. Somit wird einerseits zur ökologischen Nachhaltigkeit in Bezug auf IT-Geräte beigetragen, armutsgefährdeten Personen wird durch die Kurs- und Beratungsangebote digitale Inklusion ermöglicht und zusätzlich wird – in einer Kombination aus Lernen & Arbeiten - noch ein Mehrwert an Wissenstransfer und

gesellschaftlichem Zusammenhalt in Form von generationenübergreifendem Arbeiten geschaffen. Weitere aktuelle Projekte Sozialer Unternehmen, die innovativ auf den erhöhten Bedarf an Digitalisierungs-Initiativen reagieren finden sich in der Datenbank Sozialer Unternehmen auf der Website von arbeit plus unter dem Schlagwort „digi“.

Besonders in strukturschwachen Regionen, in denen Menschen vermehrt von Langzeiterwerbsarbeitslosigkeit betroffen sind, leisten Soziale Unternehmen, die auf Regionalität und Nachhaltigkeit setzen, einen wichtigen Beitrag. Mit ihren zeitlich befristeten Beschäftigungsmodellen, Beratung und Qualifizierungsmaßnahmen wirken sie nicht nur der Langzeitbeschäftigungslosigkeit entgegen, sondern stärken auch die Regionen in ihrem Bemühen, auf regionale Hochwertigkeit zu setzen. Ein herausragendes Beispiel ist der Verein WAMS in Tirol. Der Verein WAMS unterstützt seit 1984 Personen, die von Erwerbsarbeitslosigkeit betroffen sind.

Dabei bietet WAMS derzeit 78 Transitarbeitsplätze, sowie 26 Arbeitsplätze für ältere Arbeitssuchende und 3 geschützte Arbeitsplätze für Personen mit Behinderungen. WAMS betreibt eine Fahrradwerkstätte und sammelt Textilien, die sorgfältig sortiert, in den eigenen Läden wieder verkauft werden. Mit insgesamt 5 Second-Hand Shops und über 200 Sammelcontainern ist WAMS in Tirol nicht mehr wegzudenken und ein Teil der Region. Aber auch die CONRAD Radwerkstatt leistet ihren Teil für Kreislaufwirtschaft in österreichischen Sozialen Unternehmen. Hier werden Fahrräder nicht nur repariert, sondern auch gebrauchte Fahrräder verkauft und Ersatzteile besorgt – sogar für antiquarische Räder.

Die Kombination aus Nachhaltigkeit, Regionalität und sozial-ökologischer Verträglichkeit zeichnet viele Unternehmen im Netzwerk von arbeit plus aus. Sie verfügen über Erfahrungswerte und den nötigen Innovationsgeist, um sich den aktuellen Herausforderungen zu stellen.

## arbeit plus fordert

### 1. In Aktive Arbeitsmarktpolitik investieren

Die Corona-Pandemie 2020-23 hat die größte Arbeitsmarktkrise in der Geschichte der Zweiten Republik ausgelöst. Mehr als 500.000 Menschen waren im Frühjahr 2020 ohne Job, noch einmal so viele in Kurzarbeit. Der Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit war dramatisch mit einem Höchststand von rund 190.000 Personen im März 2021. Bedingt durch die günstige wirtschaftliche Entwicklung und gezielte Sonderprogramme konnte die Langzeitbeschäftigungslosigkeit wieder auf Vorkrisenniveau gesenkt werden. Das zeigt, dass politischer Wille und Investitionen in Aktive Arbeitsmarktpolitik zentral sind, um lange andauernder Erwerbsarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Nach wie vor ist aber noch jede vierte arbeitslose Person langzeitbeschäftigungslos. Angesichts der gravierenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen von lang andauernder Arbeitslosigkeit muss Aktive Arbeitsmarktpolitik in Zukunft eine politische Priorität sein.



Aktive Arbeitsmarktpolitik, insbesondere Beschäftigungspolitik, muss in den nächsten Jahren politische Priorität haben, um verfestigte Arbeitslosigkeit zu verhindern. Angesichts des Arbeitskräftemangels in vielen Branchen ist es auch aus wirtschaftspolitischer Sicht sinnvoll, Maßnahmen umzusetzen, die bestehende Potential heben. Dazu gehören präventive Inanspruchnahme von Maßnahmen für Menschen mit erhöhtem Langzeitarbeitslosigkeitsrisiko, durchlässigere Angebote und längerfristig geförderte Beratung, Beschäftigung und Qualifizierung im Einklang mit gesellschaftlichen Bedürfnissen ebenso wie die Schaffung von Arbeitsbedingungen, die gute Arbeit für alle auf Dauer ermöglichen. Die „Aktion Sprungbrett“ war ein wichtiger Schritt in diese Richtung, aber auch ein Blick in Nachbarländer oder in einzelne Bundesländer zeigt, welche Angebote funktionieren, etwa das Teilhabechancengesetz in Deutschland oder „Schritt für Schritt“ in Wien.



Der mehrjährige Bundesfinanzrahmen sieht für die nächsten Jahre sinkende Budgets für das AMS und damit für aktive Arbeitsmarktpolitik vor. arbeit plus fordert eine deutliche Revision dieser Vorgaben und eine der aktuellen Herausforderungen adäquaten Erhöhung des AMS-Förderbudgets, um Langzeitbeschäftigungslosigkeit nachhaltig einzudämmen und das Potential der betroffenen Personen zu fördern und zu nutzen. Das im Regierungsprogramm festgehaltene Versprechen, Mittel für Soziale Unternehmen zu sichern, muss eingehalten werden, da sie jahrzehntelange Expertise im Umgang mit dieser Zielgruppe mitbringen.





Es muss stärker angestrebt werden, dass Weiterbildungsangebote, wie etwa die Umweltstiftung, in einer Weise etabliert werden, dass sie insbesondere von benachteiligten Gruppen genutzt werden können. Dazu müssen diese direkt angesprochen und aktiv eingebunden werden. Darüber hinaus braucht es einen Fokus auf Aus- und Weiterbildung in nicht-stereotypen Berufsbildern.

Die österreichische Bundesregierung setzt sich in ihrem Regierungsprogramm zum Ziel, gezielte Maßnahmen für am Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen zu setzen. Dazu zählen Unterstützungsangebote sowie Maßnahmenpakete, um Perspektiven zu geben und den Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Dabei spielen auch gemeinnützige, sozialökonomische Betriebe und Beschäftigung eine wichtige Rolle. (S. 265)

## **2. In Aktive Arbeitsmarktpolitik investieren 1. Den Lebensstandard von Langzeitbeschäftigungslosen sichern**

Im November 2023 waren rund 73.000 Menschen als langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose beim AMS gemeldet, weitere 34.000 Menschen, die an Schulungen oder Fachkräftestipendien teilnahmen, galten ebenfalls als langzeitbeschäftigungslos. Dazu kommen noch Personen, deren Arbeitsfähigkeit derzeit abgeklärt wird. Insgesamt waren rund 111.000 Menschen seit mehr als einem Jahr in verfestigter Erwerbsarbeitslosigkeit. Für sie ist existenzsichernde sozialstaatliche Absicherung essentiell. Ein degressives Arbeitslosengeld und damit eine Abschaffung der Notstandshilfe würde die Mehrheit dieser Menschen in die Sozialhilfe drängen, mit allen negativen Folgen: auch geringe Vermögen wie Pensionsvorsorge oder Bausparverträge müssten aufgebraucht werden, das Partner:inneneinkommen würde angerechnet, durch noch niedrigere Pensionsbezüge wäre Altersarmut vorprogrammiert. Armutsbekämpfung muss, wie im ersten Ziel für Nachhaltige Entwicklung (SDG 1) der Vereinten Nationen verbrieft, auch in Österreich oberste Priorität haben und in allen Politikbereiche einfließen.

 arbeit plus setzt sich dafür ein, erwerbsarbeitslosen Menschen ein existenzsicherndes Einkommen zu garantieren. Die Erfahrungen mit Hartz IV aus Deutschland haben gezeigt, dass geringe Leistungen und erhöhter Druck auf Arbeitssuchende zu Armutsgefährdung, Niedriglöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen führen. Das Arbeitslosengeld muss existenzsichernd sein und die Notstandshilfe – gerade angesichts der multiplen Krisen – unbedingt beibehalten und indexiert werden

 Im Sozialhilfe-Grundsatzgesetz ist Arbeitsmarktintegration von Bezieher:innen als Ziel formuliert. Gleichzeitig wurden aber die Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, gekürzt. Betroffene Menschen haben es unter diesen Bedingungen noch schwerer, gute, existenzsichernde Arbeit zu finden. Der Brückenschlag zwischen Arbeitsmarktpolitik, Existenzsicherung und Armutsbekämpfung ist besonders wichtig. Es gilt zu verhindern, dass noch mehr Menschen die Armutsgrenze unterschreiten und sich Arbeitslosigkeit verfestigt. Dafür braucht es krisenfeste Leistungen zur Existenzsicherung. Die Sozialhilfe bewirkt aber vielfach das Gegenteil: Sie erhöht den Druck auf Arbeitssuchende, während die Höhe der Leistungen zur Existenzsicherung gesunken ist. arbeit plus fordert, das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz zu reformieren, um den wachsenden Herausforderungen der Armutsvermeidung durch Krieg, Teuerung, Energie- und Klimakrise gerecht zu werden.

### **Die Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals – SDGs)**

Die Ziele zur Nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals – SDGs) bieten einen international anerkannten Referenzrahmen für den Beitrag von Staaten und Organisationen zur sozialen, ökologischen und ökonomischen Transformation. Die Ziele sind sehr umfassend und reichen von der Bekämpfung von Armut über Herstellung Geschlechtergerechtigkeit hin zu nachhaltiger Nutzung endlicher Ressourcen. Die Sozialen Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung von vielen der formulierten Ziele.

#### **Regierungsprogramm**

Die Bundesregierung bekennt sich zum Prinzip der Armutsbekämpfung und nimmt ihre Verantwortung wahr, die Möglichkeiten zu schaffen, ein eigenständiges und wirtschaftlich unabhängiges Erwerbsleben führen zu können. Denn existenzsichernde Arbeit, angemessene Löhne und entsprechende Pensionen haben eine präventive Wirkung: Sie verhindern, dass Menschen überhaupt erst in Armut geraten (S. 234).

### 3. Arbeiten und Lernen verbinden

Die sich rasant verändernde Welt stellt hohe Anforderungen an uns alle, aber insbesondere auch an Arbeitnehmer:innen. Der Digitalisierungsschub durch die Pandemie und die mit den Folgen der Klimakrise einhergehenden neuen Anforderungen und Jobprofile verändern den Arbeitsmarkt massiv. Insbesondere werden regelmäßige Weiterbildungen und das Lernen neuer Anwendungen und Prozesse notwendig. Für viele Menschen, die bereits länger aus dem Erwerbsarbeitsmarkt ausgeschlossen sind, stellen diese Anforderungen große Hürden dar. Daher braucht es gezielte Maßnahmen und Angebote, um möglichst allen Menschen Teilhabe am Erwerbsleben und soziale Teilhabe zu ermöglichen. Hochwertige Bildung (SDG 4) leistet darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung.




- Die Sozialen Unternehmen im Netzwerk von arbeit plus erproben seit Jahrzehnten Modelle, die arbeiten und lernen miteinander verbinden und so praxisnahe, bedarfsorientierte Weiterbildung ermöglichen. arbeit plus fordert einen Ausbau und die gezielte Förderung solcher Modelle mit Schwerpunkt auf digitale Kompetenzen und green skills, also Tätigkeiten die zum Erhalt der Umwelt und Klimaschutz beitragen, insbesondere für langzeitbeschäftigungslose Menschen.
- Die Qualifizierung in Zukunftsbranchen sowie die Förderung von green skills und Kompetenzen im Sozial- und Gesundheitsbereich muss in allen arbeitsmarktpolitischen Angeboten Priorität haben. arbeit plus fordert spezielle Programme für Gruppen mit erhöhtem Langzeitarbeitslosigkeitsrisiko und schlägt vor, Modelle zu umzusetzen, die die Entscheidung für eine solche Qualifizierung für Arbeitssuchende erleichtert. Siehe dazu etwa das neue Stipendienmodell im Rahmen des Programms „Job plus Ausbildung“ der Stadt Wien und des waff: Arbeitssuchende, die sich für eine länger als 12 Monate dauernde Ausbildung im Gesundheits- und Pflegebereich entscheiden, erhalten zusätzlich zum Arbeitslosengeld monatlich 400 Euro.

#### **Regierungsprogramm**

Im Regierungsprogramm ist die Einführung eines Qualifizierungsschecks für Wiedereinsteigerinnen und -einsteiger sowie Langzeitarbeitslose festgehalten, mithilfe derer Unternehmen punktgenau Schulungen und Fortbildungen finanzieren können (S. 96).

#### **4. Sozial und ökologisch nachhaltige Beschäftigung fördern**

Geförderte Beschäftigung ist ein wichtiges Mittel zur Abfederung der Krisenfolgen, Bekämpfung der Langzeitbeschäftigungslosigkeit und für den notwendigen Strukturwandel der Arbeitswelt. Diese muss sowohl sozial als auch ökologisch nachhaltig sein. Gute Arbeit (SDG 8) und nachhaltige Produktion & Konsum (SDG 12) müssen in der Gestaltung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zusammen gedacht werden. Es gibt viel Bedarf an gesellschaftlich relevanten und auch langfristig notwendigen Tätigkeiten, die zur nachhaltigen Ressourcennutzung beitragen.

-  Viele Soziale Unternehmen sind in der Kreislaufwirtschaft – ReUse, Reparatur, Re- und Upcycling – tätig. Dabei handelt es sich um Branchen, die einen wichtigen Beitrag zu ökologischer Nachhaltigkeit leisten und gleichzeitig langzeitbeschäftigungslosen Menschen wieder eine Perspektive bieten. Hier braucht es in den nächsten Jahren einen weiteren Ausbau und die Möglichkeit von langfristiger geförderter Beschäftigung. Um das zu realisieren, ist eine verstärkte ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Planung und Finanzierung unverzichtbar. arbeit plus schlägt vor, in den nächsten Jahren 500 Millionen Euro für ein Pilotprogramm für dauerhafte Arbeitsplätze für besonders arbeitsmarktferne Gruppen (inkl. Lohnkosten bzw. Lohnnebenkosten) in der Kreislaufwirtschaft/kommunalen und sozialen Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen.
-  Die multiplen Krisen der letzten Jahre haben einmal mehr die Relevanz von regionaler Infrastruktur verdeutlicht: Es braucht Begegnungsräume, Mobilitätsangebote, Nahversorgung. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, muss die öffentliche Hand geförderte Arbeitsplätze in diesen Bereichen unterstützen bzw. schaffen und angemessen bezahlen.
-  Care-Arbeit – wie etwa Pflege oder Kinderbetreuung – ist die Grundvoraussetzung für alle anderen Formen von Arbeit und damit explizit nachhaltig. Die bezahlte Care-Arbeit muss auch am Erwerbsarbeitsmarkt einen höheren Stellenwert erhalten. Die Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen der Corona Joboffensive waren ein erster wichtiger Schritt dafür. Sowohl Ausbildungen als auch Jobs in dem Bereich müssen durchgängig noch flexibler gestaltet werden, auch hier sollte das Potenzial in Zusammenarbeit mit Sozialen Unternehmen genutzt werden. Gleichzeitig müssen Care-Tätigkeiten attraktiver gestaltet und höher entlohnt werden, als das bisher der Fall ist, um ihrer Relevanz gerecht zu werden.





### **Regierungsprogramm**


Im Regierungsprogramm ist die Förderung der Kreislaufwirtschaft und Gestaltung der Abfallpolitik insbesondere auf regionaler Ebene explizit festgehalten. Dazu zählt die Unterstützung von Modellregionen für die Kreislaufwirtschaft, ein Maßnahmenpaket Reparatur u.a. Ausweitung des Förderprogramms zur Unterstützung von Re-Use Aktivitäten, Repair Cafés und anderen Kreislaufwirtschaftsaktivitäten) sowie die Forcierung von langlebigen Produkten und die Verhinderung geplanter Obsoleszenz (S. 141f).


## 5. Gleichstellung umsetzen

Frauen sind am Arbeitsmarkt strukturell benachteiligt: Sie sind in schlecht bezahlten Branchen überrepräsentiert und meist aufgrund von Betreuungspflichten nur in Teilzeit erwerbstätig. Das spiegelt sich in einem erhöhten Armutsgefährdungsrisiko insbesondere von alleinerziehenden und älteren Frauen wider. Der Gender Pay Gap – also der Unterschied von Bruttostundenlöhnen zwischen Frauen und Männern – lag in Österreich 2021 immer noch bei über 18%.

Insbesondere in der durch die COVID Pandemie ausgelöste Arbeitsmarktkrise hat sich deutlich gezeigt, dass Frauen stärker betroffen sind als Männer. Das liegt neben dem höheren Frauenanteil in den damals betroffenen Branchen wie Tourismus, Gastronomie oder Handel, vor allem daran, dass sie auch öfter in atypischen oder prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig sind. Gleichzeitig ist einmal mehr der Überhang der Care-Verantwortung von Frauen deutlich geworden: Frauen waren überdurchschnittlich stark betroffen von den zusätzlichen Belastungen, die Home Office, Home Schooling und der Wegfall von Kinderbetreuungsmöglichkeiten mit sich bringen.

Angesichts der zu erwartenden Volatilität am Arbeitsmarkt verschärft durch Krieg, Teuerung, Energie- und Klimakrise, ist die Gefahr, bestehende Ungleichheiten zu verstärken, groß, und ein Entgegensteuern dringend notwendig.

 In der Arbeitsmarktpolitik muss Gleichstellung weiter konsequent verfolgt werden. Dazu gehört insbesondere die Zweckwidmung von mindestens 50% des arbeitsmarktpolitischen Budgets für Frauen.


 Gleichstellungspolitik muss in allen Politikbereichen, vorangetrieben werden. Um Gleichstellung auch am Arbeitsmarkt zu erreichen, ist ein Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Kinderbetreuung und Pflegedienstleistungen in vielen Regionen Österreichs, notwendig. Diese Maßnahmen sind nicht zuletzt zur Erreichung von SDG 5 – Geschlechtergleichheit notwendig.


### Regierungsprogramm


Die Bundesregierung verspricht im Regierungsprogramm die evidenzbasierte gerechte Verteilung der Fördermittel im AMS auf Frauen und Männer (S. 259) sowie Bemühungen hinsichtlich der Gleichstellung im Erwerbsleben in Bezug auf gleiche Löhne für gleiche Arbeit, eine bessere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern und die (Alters-) Armut reduzieren (S.272).

## 6. Arbeit umverteilen und neu definieren

Die derzeitige Organisation und Verteilung von Arbeit ist nicht zukunftsfähig. In der Pandemie wurde die Ungleichverteilung wie unter einem Brennglas sichtbar, aber auch die Klimakrise verdeutlicht immer mehr, wie unnachhaltig der Status Quo auf vielen Ebenen ist: Ein großer Anteil von notwendiger Care-Arbeit wird entweder von Frauen unbezahlt geleistet oder aber wiederum zumeist an Frauen ausgelagert und nur gering entlohnt. Es gibt eine Ungleichverteilung von Erwerbsarbeitszeit zwischen Menschen, die zu viele Erwerbsarbeitsstunden leisten (müssen) und Langzeitbeschäftigungslosen, zwischen den Geschlechtern und zwischen den Lebensphasen. Erwerbsarbeit an sich ist ressourcenintensiv und zieht Konsum und Mobilität mit sich, was wiederum zu einer Ungleichverteilung von Emissionen führt. Gleichzeitig geht Erwerbsarbeit mit einer höheren gesellschaftlichen Anerkennung und Entlohnung einher als alle anderen Formen von notwendiger Arbeit.



 arbeit plus fordert, gesellschaftlich notwendige Arbeit besser zu verteilen, sichtbar zu machen und angemessen zu bezahlen. Im Bereich von Kreislaufwirtschaft und Care-Arbeit gibt es großes Potential, nachhaltige Jobs für Langzeitbeschäftigungslose zu schaffen, die ihnen eine neue Perspektive bieten und gleichzeitig gesellschaftlich wertvoll sind.

 arbeit plus tritt für eine Neudefinition von Arbeit ein, die neben der Erwerbsarbeit auch die Care-Arbeit berücksichtigt. Für eine zukunftsfähige Arbeitswelt muss ihr auch seitens der Arbeitsmarktpolitik eine größere Bedeutung zugestanden werden.

 Erwerbsarbeitszeit muss sich an den Lebensphasen von Menschen orientieren. In manchen Ländern (bspw. Niederlande) bestehen bereits flexible Lebensarbeitszeitmodelle. Eine Arbeitszeitverkürzung kann ein wichtiger Schritt hin zu einer Umverteilung von Arbeit und einer nachhaltigeren Arbeitswelt sein. Mittelfristig setzt sich arbeit plus für eine generelle Erwerbsarbeitszeitverkürzung ein.




## 7. Partizipation fördern

Lang andauernde Erwerbsarbeitslosigkeit hat weitreichende Folgen, nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Erwerbsarbeitslosigkeit bedeutet nämlich häufig nicht nur den Verlust von Einkommen, sondern auch Stigmatisierung und verminderte soziale Teilhabe. Langzeitbeschäftigungslose beteiligen sich beispielsweise, wie auch andere marginalisierte Gruppen, seltener an Wahlen.

-  arbeit plus fordert politische Entscheidungsträger:innen auf, politische Partizipation marginalisierter Gruppen zu fördern und zu erleichtern und setzt sich für eine gezielte Einbindung von Betroffenen ebenso wie der Zivilgesellschaft ein.
-  Es braucht ein Mitspracherecht der betroffenen Personen beim Design, und der Auswahl von geeigneten arbeitsmarktpolitischen Angeboten. Das stellt sicher, dass deren Bedürfnisse und Fähigkeiten im Mittelpunkt stehen und sorgt dafür, dass die Sozialen Unternehmen ihren arbeitsmarktintegrativen Auftrag erfüllen können.

## **8. Arbeitsmarktpolitik gezielt für Menschen mit erhöhtem Langzeitarbeitslosigkeitsrisiko gestalten**

Das Risiko, langzeitbeschäftigungslos zu werden ist ungleich verteilt: Besonders betroffen sind Ältere, Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen, mit niedriger formaler Bildung und Migrant:innen. Oft handelt es sich dabei um Menschen, für die eine (Vollzeit) Arbeitsaufnahme am ersten Arbeitsmarkt fast unmöglich ist. Angesichts des demographischen Wandels und des Arbeitskräftemangels braucht es gezielt arbeitsmarktpolitische und strukturelle Maßnahmen, um das Risiko für Langzeitbeschäftigungslosigkeit zu verringern und einen Arbeitsmarkt zu schaffen, der alle mitnimmt.

-  Für ältere Arbeitnehmer:innen wenige Jahre vor dem gesetzlichen Pensionsalter braucht es Modelle, die gute Arbeit bis zum Pensionsantritt ermöglichen. Dazu gehört neben einem Ausbau der Altersteilzeit auch die verstärkte Schaffung von Pensionstransitstellen in den Sozialen Unternehmen. Davon profitieren insbesondere Menschen, die es aufgrund ihres Alters und längerfristiger Erwerbsarbeitslosigkeit de facto kaum Chancen auf einen regulären, ungeförderten Job am ersten Arbeitsmarkt haben.
-  Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen können oft nicht zu den Bedingungen des ersten Arbeitsmarkts erwerbstätig sein. Pendelzeiten, Schichtbetrieb oder unflexible Arbeitszeitmodelle sind für sie nicht machbar. Es braucht Angebote, die auf die Lebensrealitäten der Menschen eingehen und ihre Fähigkeiten fördern, ohne sie zu überfordern. Unternehmen müssen stärker in die Pflicht genommen werden, Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen aufzunehmen. Zielführend wäre auch eine Förderung der Anpassung von Arbeitsplätzen für spezifische Bedürfnisse von Mitarbeiter:innen.
-  Migrant:innen spüren die Zugangshürden zum österreichischen Arbeitsmarkt besonders deutlich. Für sie braucht es einen Ausbau der Beratungsangebote, rasche Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen und qualitativ hochwertige, arbeitsplatznahe Deutschkenntnisse von Anfang an. Die Öffnung der Angebote der Sozialen Unternehmen für Asylberechtigte unmittelbar nach positivem Abschluss des Verfahrens würde zudem für diese Gruppe die notwendige Unterstützung bieten, um am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

## 9. Kooperationen stärken & Regionalität berücksichtigen

Die konkreten Herausforderungen und Bedarfe hinsichtlich der Bekämpfung von Langzeitbeschäftigungslosigkeit unterscheiden sich erheblich zwischen den einzelnen Bundesländern, ländlichen Regionen, kleinen und mittleren Städten und der Großstadt Wien. Gleichzeitig gibt es regional unterschiedliche Strukturen und Potentiale. Diese Unterschiede müssen berücksichtigt werden, können aber gleichzeitig in der Konzeption und Umsetzung passender politischer Maßnahmen und Programme genutzt werden. Die Sozialen Unternehmen sind in den Regionen verankert, in denen sie tätig sind, und damit ideale Ansprechpartner:innen für regional angepasste Angebote.

- arbeit plus schlägt vor, nach Vorbild der französischen „Regionen ohne Langzeitbeschäftigungslosigkeit“ Pilotregionen zu definieren, in denen mittels der Schaffung sozial und ökologisch nachhaltiger Jobs nicht nur Langzeitbeschäftigungslosigkeit eliminiert, sondern auch regionale Infrastruktur erhalten werden soll. Beispiele für solche Tätigkeiten sind u.a. Fahrtendienste, Nahversorgung, Alltagsbegleitung oder der Aufbau regionaler Begegnungsorte. Im Rahmen partizipativer Prozesse können regionale Bedarfe ermittelt und gezielt entsprechende Programme aufgebaut werden. Mit dem Modellprojekt Arbeitsplatzgarantie Marienthal (MAGMA) wurde in Gramatneusiedl (NÖ) von 2020-2023 erstmals ein solches Pilotprojekt umgesetzt. Die dort gesammelten Erfahrungen ermöglichen eine evidenzbasierte Ausweitung auf weitere österreichische Regionen.
- Zur Förderung von Beschäftigung und der Bekämpfung von Langzeitbeschäftigungslosigkeit ist eine enge Kooperation zwischen allen relevanten Stakeholdern notwendig: Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Soziale Unternehmen und Wirtschaftsbetriebe muss gestärkt und institutionalisiert werden.
- Mit dem Ziel, Arbeitsmarktintegration und soziale Kohäsion zu fördern, ermöglicht das Bundesvergabegesetz, vorbehaltene Aufträge an Soziale Unternehmen zu vergeben bzw. im Vergabeprozess explizit zu berücksichtigen. arbeit plus fordert insbesondere lokale und regionale Gebietskörperschaften auf, von dieser Möglichkeit verstärkt Gebrauch zu machen und allgemein soziale Kriterien im Vergabeprozess zu stärken, um soziale Nachhaltigkeit auf regionaler Ebene zu ermöglichen. Damit kann auch ein Beitrag zu SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden geleistet werden.

### **Regierungsprogramm**

Regierungsprogramm Die Bundesregierung verspricht im Regierungsprogramm die evidenzbasierte gerechte Verteilung der Fördermittel im AMS auf Frauen und Männer (S. 259) sowie Bemühungen hinsichtlich der Gleichstellung im Erwerbsleben in Bezug auf gleiche Löhne für gleiche Arbeit, eine bessere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern und die (Alters-) Armut reduzieren (S.272).

## Definitionen: Wie wird Arbeitslosigkeit gemessen?

### Arbeitslosigkeit (nationale Definition)

Für die österreichische Arbeitslosen-Statistik gelten jene Personen als arbeitslos, die zum jeweiligen Stichtag am letzten Werktag im Monat bei den regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice als arbeitslos vorgemerkt waren (Registerarbeitslosigkeit). Personen in Ausbildung oder Schulung zählen nicht zu den Arbeitslosen. Um die Arbeitslosenquote zu berechnen, wird der Zahl der auf diese Weise vorgemerkten Arbeitslosen zum sogenannten Arbeitskräftepotenzial ins Verhältnis gesetzt. Darunter wird die Summe der arbeitslosen Personen sowie der unselbständig Beschäftigten verstanden.

### Arbeitslosigkeit (ILO bzw. EU-Definition)

Die vom Statistikamt der Europäischen Kommission (Eurostat) erhobene Arbeitslosenquote beruht auf Umfragedaten. Hier gelten jene Personen als arbeitslos, die während einer bestimmten, abgefragten Woche nicht erwerbstätig waren, aktiv einen Arbeitsplatz suchen und innerhalb von zwei Wochen für eine neue Erwerbstätigkeit verfügbar wären. Mit dieser Definition gelten selbst jene Personen als erwerbstätig, die nur eine einzige Stunde in der Woche gearbeitet haben.

Die durch Eurostat veröffentlichte Arbeitslosenquote ist als Anteil der arbeitslosen Personen an allen Erwerbspersonen definiert. Damit werden – anders als in den österreichischen Daten – auch Selbständige oder geringfügig Beschäftigte miteinbezogen. Aus diesen Gründen ist die von Eurostat berechnete Arbeitslosenquote niedriger als die Registerarbeitslosenquote des AMS Österreich.

### Langzeitarbeitslosigkeit

Die durch das AMS veröffentlichten Daten zur Langzeitarbeitslosigkeit beruhen – ebenso wie die zur Arbeitslosigkeit – auf Registerdaten. Als langzeitarbeitslos werden jene Menschen bezeichnet, die bei den Regionalgeschäftsstellen des AMS schon länger als zwölf Monate arbeitslos vorgemerkt sind. Kurze Unterbrechungen bis zu 28 Tagen – zum Beispiel durch eine kurze Schulung, Krankenstand oder eine kurze Erwerbstätigkeit – werden dabei nicht berücksichtigt. Durch eine längere Schulung oder eine Beschäftigungsförderung des AMS wird die Langzeitarbeitslosigkeit beendet beziehungsweise mit der Berechnung der Dauer neu begonnen.



### **Langzeitbeschäftigungslosigkeit**

Für die Messung der Langzeitbeschäftigungslosigkeit werden verschiedene AMS-Vormerkepisoden – unter anderem Arbeitslosigkeit, Schulung oder Lehrstellensuche – zu einem „Geschäftsfall“ zusammengefasst, und dieser erst bei einer Unterbrechung von mehr als 62 Tagen beendet (z.B. bei einer Arbeitsaufnahme oder einem Auslandsaufenthalt). Als langzeitbeschäftigungslos gelten Menschen mit einer Geschäftsfalldauer von mehr als einem Jahr, wobei Unterbrechungen nicht mitgerechnet werden. Durch diesen Indikator werden also nicht nur Schulungszeiten gleich wie Arbeitslosigkeit behandelt, sondern auch längere Unterbrechungen als bei der Langzeitarbeitslosigkeit erlaubt. Wenn langzeitbeschäftigungslose Personen eine Erwerbstätigkeit finden, diese jedoch nach wenigen Wochen wieder verlieren, gelten sie weiterhin langzeitbeschäftigungslos.

Langzeitbeschäftigungslose Personen können in verschiedenen Kategorien beim AMS gemeldet sein, also etwa arbeitssuchend oder in Schulungen, wobei langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose den größten Teil der Langzeitbeschäftigungslosen ausmachen. Der Indikator „Langzeitbeschäftigungslosigkeit“ ist besser als Langzeitarbeitslosigkeit dazu geeignet, lang andauernde, verfestigte Erwerbsarbeitslosigkeit zu messen und sichtbar zu machen.

## LITERATUR

AMS. 2022. „Fachbegriffe“.

Abgerufen (<https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarkt-forschung/fachbegriffe#arbeitslosenquoten>).

AMS. 2023. „Arbeitsmarktdaten Online“.

Abgerufen 1. Dezember 2023 (<http://iambweb.ams.or.at/ambweb/>).

AMS. 2024. „Übersicht über den Arbeitsmarkt: Jahr 2023“.

AMS und BMAW. o. J. „Arbeitsmarktdatenbank“.

Abgerufen 1. Dezember 2023 (<https://arbeitsmarktdatenbank.at/>).

arbeit plus. 2021. „Ein Stück Arbeit. arbeit plus Wirkungsbericht“.

Badelt, Christoph, René Böheim, Rainer Eppel, Marian Fink, Thomas Horvath, Ulrike Huemer, und

Helmut Mahringer. 2019. „Szenarien der Gestaltung von Existenzsicherungsleistungen der Arbeitslosenversicherung“.

Bundesagentur für Arbeit. 2021. „Übergang von Arbeitslosengeld zu Arbeitslosengeld II“.

Abgerufen 22. Januar 2021 (<https://www.arbeitsagentur.de/arbeitslosengeld-2/uebergang-arbeitslosengeld-2>).

Bundesagentur für Arbeit. 2023. „Arbeitslosengeld: Anspruch, Höhe, Dauer“.

Abgerufen 29. November 2023 (<https://www.arbeitsagentur.de/arbeitslos-arbeit-finden/arbeitslosengeld/finanzielle-hilfen/arbeitslosengeld-anspruch-hoehe-dauer>).

Butterwegge, Christoph, und Rainer Hank. 2019. „Deutschland nach Hartz IV: Zwei Perspektiven“.

Aus Politik und Zeitgeschichte 69(44–45):4–11.

Denkfabrik. 2017. Gib mir was, was ich wählen kann. Sozialunternehmen Neue Arbeit.

Denkfabrik. 2019. Unerhört! Langzeitarbeitslose Nichtwähler melden sich zu Wort.

Sozialunternehmen Neue Arbeit.

Eurostat. 2021. „Low-wage earners as a proportion of all employees“. Abgerufen ([https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=earn\\_ses\\_pub1s&lang=en](https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=earn_ses_pub1s&lang=en)).

Eurostat. 2023. „At-risk of poverty rate of unemployed persons“. Abgerufen (<https://data.europa.eu/data/datasets/iqmyqb8yr59cptki56pf7g?locale=en>).

Gogola, Gerald. 2020. „Arbeitsplatzschaffende und personenbezogene Förderungen in Österreich und Deutschland - Ein Vergleich“. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft. Working Paper Reihe der AK Wien. 202.

Hofinger, Christoph. 2019. Politische, soziale, kulturelle Partizipation. forum wien.welt.offen.

Launov, Andrey, und Klaus Wälde. 2014. „Folgen der Hartz-Reformen für die Beschäftigung“. Wirtschaftsdienst 94(2):112–17.

Momentum Institut. 2021. Langzeitarbeitslosigkeit: Neuer Rekord verdeutlicht Ausmaß eines alten Problems. 06/2021.

Nüß, Patrick. 2017. „Duration Dependence as an Unemployment Stigma: Evidence from a Field Experiment in Germany“. GLO Discussion Paper 88.

OECD. 2021. „Benefits in unemployment, share of previous income“. Abgerufen (<https://data.oecd.org/benwage/benefits-in-unemployment-share-of-previous-income.htm>).

Österreichische Bundesregierung. 2021. „Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020-2024.“

Pohlan, Laura. 2018. „Unemployment and Social Exclusion“. ZEW Discussion Paper. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 2023a. „Bessere Chancen auf Qualifikation und Arbeit“. Abgerufen 17. November 2023 (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/buergergeld-2124684>).

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 2023b. „Mehr Chancen und mehr Respekt“. Abgerufen 17. November 2023 (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/entlastung-fuer-deutschland/buergergeld-2125010>).

Schmitz, Hendrik. 2011. „Why are the unemployed in worse health? The causal effect of unemployment on health“. Labour Economics 18:71–78.

Schönherr, Daniel, und Karoline Bohrn. 2023. Ungleichbehandlung von Älteren und Langzeitarbeitslosen bei Bewerbungen auf offene Stellen. Ergebnisse eines Korrespondenztests im Lebensmitteleinzelhandel und in der Elektro-installation 2023. Wien: SORA.

Statistik Austria. 2023. „EU SILC 2022. Tabellenband“.

Sumner, Rachel, und Stephen Gallagher. 2017. „Unemployment as a chronic stressor: A systematic review of cortisol studies.“ *Psychology and Health* 32(3):289–311.

Zandonella, Martina. 2022. „Österreichischer Demokratiemonitor 2022“.